

# Herausforderung Haushalt

Der britische Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell hat einmal formuliert: „Es ist ein Jammer, dass die Klugen so unsicher und die Dummen so selbstsicher sind.“ Diese provozierende Feststellung passt auch auf manche Aufgaben und manche Einstellungen in der Politik.

Ich bin immer etwas skeptisch, wenn Politiker oder Bürger ganz sicher wissen, dass es nur einen einzigen richtigen Weg gibt und es nur die eine Wahrheit gibt, die man selbst besitzt. Viele Aufgaben sind anspruchsvoller, als dass man sie mit einfachen Vorschlägen lösen könnte. Die Verantwortung nur auf den politischen Gegner zu schieben, löst auch keine Aufgaben. Ein Beispiel: die im Landeshaushalt zu schließende Haushaltslücke von rund 2,5 Milliarden Euro.

Es gibt hierfür zwei unvollständige Argumentationsketten. Die eine lautet in etwa so: Schuld an den Schulden hat die alte Regierung durch ein Erbe an direkten und indirekten Schulden. Die andere Linie besagt: Die neue grün-rote Regierung ist schuld, weil sie beim Regie-

rungsantritt 180 neue Stellen in den Ministerien geschaffen hat und die Studiengebühren ab dem diesjährigen Sommersemester abgeschafft hat.

Mit beiden Argumentationslinien macht man es sich zu einfach und sie geben ein unklares Bild. Klar ist, dass im Landeshaushalt eine Lücke von 2,5 Milliarden Euro klafft. Dieses sogenannte strukturelle Defizit stand auch schon in der mittelfristigen Finanzplanung der schwarz-gelben Landesregierung und dieser Aufgabe muss sich die neue grün-rote Regierung stellen.

Zurück zur ersten Argumentationslinie: Es stimmt, dass Baden-Württemberg einen Schuldenberg von rund 45 Milliar-

den Euro hat, dass rund 70 Milliarden Euro an Rückstellungen für Pensionen fehlen und dass es teure Sanierungsaufgaben bei Landesstraßen und Landesgebäuden gibt.

Zur Argumentationslinie 2: die Abschaffung der Studiengebühren schlug mit rund 130 Millionen Euro zu Buche. Setzt man die 180 neuen Stellen in der Landesregierung mit jährlich 100 000 Euro an, so kommt man auf 18 Millionen Euro. Daran wird klar, dass die auf Sicht zu schließende Haushaltslücke von 2,5 Milliarden beziehungsweise 2500 Millionen Euro pro Jahr mit dem Verzicht auf diese Stellen nicht geschlossen werden kann.

Noch einige Worte zu den 180 neu ge-

schaffenen Stellen in den Ministerien: 1. Finanzminister Dr. Nils Schmid hat zugesagt, dass das Gros dieser Stellen bis 2016 wieder abgebaut wird, im Wesentlichen durch altersbedingte Pensionierungen. 2. Es ist gut, dass die Öffentlichkeit Stellenzuwächse kritisch begleitet. Dies gilt auch für die wenig beachteten 900 im Bund von der schwarz-gelben Regierung neu geschaffenen Stellen. 3. Es war die SPD-Landtagsfraktion, die durchgesetzt hat, dass weitere fachliche Anforderungen durch Umschichtungen organisiert werden müssen. Im Herbst stehen schwierige Haushaltsberatungen an. Alle wollen eine gute Unterrichtsversorgung, die Sanierung unserer Landesstraßen, eine leistungsfähige Polizei, eine gute Landesverwaltung und möglichst wenig Schulden. Nicht alles Wünschenswerte wird leistbar sein – Politik heißt jetzt Vorschläge machen und diskutieren, um dann Entscheidungen zu treffen.

... der  
**SPD-Landtags-  
abgeordnete**  
**Gernot Gruber**

